

Japan und China: Bittere Rivalen und enge Partner

Axel Berkofsky*



Juli 2013 **Asia Policy Brief** 2013 | 03

Japan und China treiben viel Handel miteinander – der bilaterale Handel belief sich 2012 auf beeindruckende 333 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite gibt es zwischen den beiden Ländern immer wieder Streit. Seit September 2012 steht dabei der Konflikt um die Souveränität über maritime Seegebiete im Ostchinesischen Meer im Mittelpunkt. Der Streit eskalierte, nachdem Tokio dort von einem Privateigentümer drei unbewohnte, aber von Japan kontrollierte Inseln erworben hatte. Dieser Konflikt um die Kontrolle und Souveränität über die Senkaku- (Japanisch) bzw. Diaoyu- (Chinesisch) Inseln wird aller Voraussicht nach in den kommenden Monaten die japanisch-chinesische Agenda bestimmen.

Nach einem Teilboykott japanischer Waren und Produkte in China unmittelbar nach dem Ausbruch der diplomatischen Krise im September 2012 haben sich die bilateralen Handelsbeziehungen im ersten Quartal dieses Jahres wieder erholt. Anders als Ende letzten Jahres, als teilweise gewalttätige, anti-japanische Demonstrationen in China Zweifel an der Zukunft japanischer Investitionen und Produktionen in China aufkommen ließen, sind japanische Automobilhersteller und Elektronikunternehmen heute weitaus weniger besorgt, ihre Produktion aus China auslagern zu müssen.

Von September bis Dezember 2012 bekamen japanische Investoren im Allgemeinen und Automobilhersteller im Besonderen die Auswirkungen der bilateralen politischen Krise zu spüren. Der Umsatz von Toyota in China sank innerhalb nur weniger Wochen um rund 30 Prozent. Und während der Marktanteil japanischer Automobilhersteller im September 2012 noch 23 Prozent betrug, fiel er in nur zwei Monaten auf 14 Prozent.

Heute jedoch ist Toyota zuversichtlich, beim Verkauf von Autos in China 2013 nicht nur das Vorkrisenniveau zu erreichen, sondern sogar mehr Autos als in den Vorjahren

* Axel Berkofsky ist Professor an der Universität Pavia, Italien und Senior Associate Research Fellow am Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) in Mailand.

**Deutschland
und Asien**

Brücken bauen – Fortschritt fördern

zu verkaufen. Toyota ließ verlautbaren, dass der Absatz bereits jetzt 84 Prozent des Vorkrisenniveaus erreicht hat und gab sich zuversichtlich, dieses Jahr 900.000 Autos in China verkaufen zu können. Das wären 10.000 mehr, als der Autobauer in seinem bisherigen Rekordjahr in China verkauft hat.

Allerdings ist die chinesisch-japanische Krise noch lange nicht vorbei. Analysten sind sich einig, dass das Unvermögen Japans und Chinas, politische Vernunft und Diplomatie über Nationalismus und historischen Revisionismus zu stellen, in den kommenden Monaten jederzeit zu einem erneuten Boykott japanischer Produkte in China führen kann. Sollte dies eintreten, wären japanische Investoren in China heute aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres wahrscheinlich besser vorbereitet, mit den Folgen einer erneuten Intensivierung bilateraler, politischer Spannungen umzugehen. Japanische Investoren sind sich ihrer zu starken Abhängigkeit von China als Produktionsstandort bewusst geworden und forcieren deswegen die Diversifizierung ihrer Anlagestrategien in Asien im Allgemeinen und Südostasien im Besonderen.

Japan kauft, China geht auf die Barrikaden

Am 11. September 2012 erwarb die von dem damaligen Ministerpräsidenten Yoshihiko Noda geführte japanische Regierung drei der umstrittenen Inseln (die Minami-Kojima, Kita-Ojima und Uotsuri-Inseln) von einem privaten Eigentümer für umgerechnet 26 Millionen US-Dollar. Noda argumentierte, der Kauf der Inseln würde den bestehenden Status quo zwischen Tokio und Peking nicht ändern, sondern vielmehr bestätigen. Peking sieht das entschieden anders. Die Noda-Regierung entschloss sich zum Kauf der Inseln, nachdem Tokios ultranationalistischer Bürgermeister Shintaro Ishihara zuvor angekündigt hatte, die Inseln im Namen der Tokioter Stadtregierung kaufen zu wollen.

Ishihara, berüchtigt für seinen extremen Nationalismus, seine scharfe Anti-China-Rhetorik und seine Nei-

gung, Japans Imperialismus während des Zweiten Weltkriegs zu verharmlosen, ließ damals verlautbaren, er wolle Vertreter der Tokioter Stadtregierung auf die Inseln schicken und dort einen kleinen Hafen sowie andere Einrichtungen bauen lassen.

Japans offizielle Position ist es, niemandem, weder Privatpersonen noch Regierungsvertretern den Zutritt auf die umstrittenen Inseln zu erlauben. Die Noda-Regierung befürchtete deshalb, dass sich die ohnehin bereits angespannten Beziehungen zu China weiter verschlechtern hätten, wenn man Ishihara erlaubt hätte, die Inseln zu kaufen. Aus diesem Grund entschied sich die japanische Regierung die Inseln zu kaufen, um, wie sie sich ausdrückte, „Stabilität und Ruhe auf den Inseln zu gewährleisten.“ Diese Nachricht kam in Peking jedoch nicht an, was möglicherweise daran lag, dass die chinesische Regierung nur das hörte, was sie hören wollte. Aus chinesischer Perspektive war es völlig irrelevant, wer in Japan die Inseln kaufte – der Kauf stand aus chinesischer Sicht für eine Änderung des bisherigen Status quo.

In der Tat waren die Reaktionen auf den Kauf der Inseln vehement. China interpretierte den Kauf der Inseln als unilaterale Änderung des Status quo und versucht seither, den territorialen Status quo in den Gewässern und im Luftraum um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln zu seinen Gunsten zu verändern.

Peking erhöhte die Zahl der Marinepatrouillen in den von Japan kontrollierten Hoheitsgewässern. Chinesische Aufklärungsflugzeuge verletzten mehrmals den von Japan kontrollierten Luftraum (wo sie mindestens einmal von japanischen F-15-Kampffjets bedrängt wurden). Am 30. Januar kam es beinahe zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Japan und China, als eine chinesische Fregatte ihr Zielbeleuchtungsradar auf einen japanischen Zerstörer in den Gewässern um die umstrittenen Inseln richtete. Eine solche Praxis ist normalerweise als letzter Schritt vor dem Eröffnen des Feuers zu verstehen.



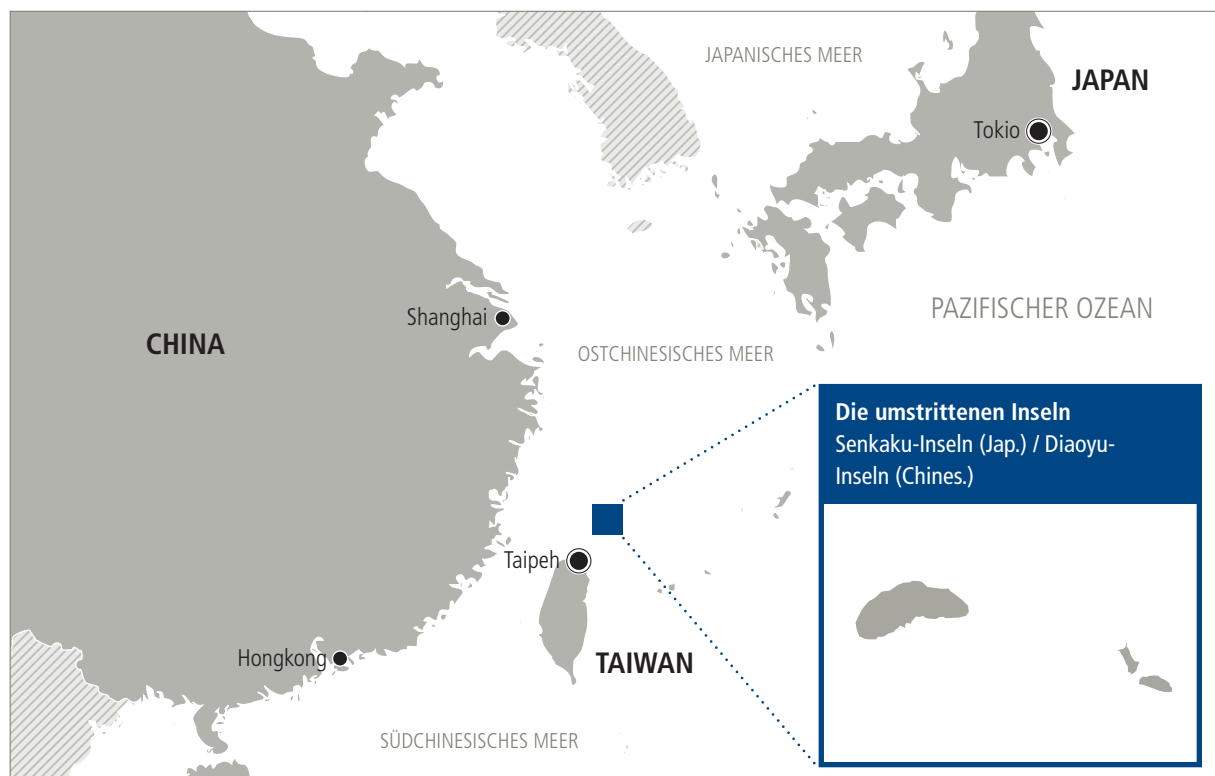
Japan kontrolliert die Inseln, China will sie zurück.

Während Pekings territoriale Ansprüche auf die umstrittenen Inseln bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen, kontrolliert Japan die Senkaku-/Diaoyu-Inseln seit seinem Sieg im Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/1895 und der Unterzeichnung des Vertrags von Shimonoseki 1895 – mit einer Unterbrechung in den Jahren 1945 bis 1972. Auch wenn der Vertrag von Shimonoseki die Inseln nicht explizit erwähnt, behauptet China, dass sie seinerzeit als Teil taiwanesischen Territoriums an Japan abgetreten worden seien. Aus chinesischer Perspektive ist Japan daher durch seine Unterschrift unter den Friedensvertrag von

San Francisco aus dem Jahr 1951 verpflichtet, die Inseln zusammen mit Taiwan an China zurückzugeben.

Japan hingegen argumentiert, dass die Inseln 1895 nach internationalem Recht „terra nullius“ waren, d. h. ein Territorium, das nie zuvor von einem Staat beansprucht wurde. Japan vertritt den Standpunkt, dass die Inseln niemals zu Taiwan gehört haben und deswegen auch nicht durch den Vertrag von Shimonoseki an China abgetreten wurden. Stattdessen seien die Inseln als „terra nullius“ Monate vor der Verabschiedung des Vertrags von Shimonoseki Teil des japanischen Staatsgebietes geworden. China wiederum besteht darauf, dass das Potsdamer Abkommen vom 26. Juli 1945 Japan verpflichtete, die Kontrolle

Abbildung 1: Die umstrittenen Inseln



Quelle: Eigene Darstellung



**Deutschland
und Asien**

Brücken bauen – Fortschritt fördern

über alle im 19. und 20. Jahrhundert annektierten Inseln, inklusive der Senkaku-/Diaoyu-Inseln, aufzugeben. Tokio widerspricht dem und weist stattdessen darauf hin, dass weder das Abkommen von Potsdam noch der 1951 geschlossene Friedensvertrag von San Francisco die Inseln ausdrücklich erwähnen.

Artikel 3 des Friedensvertrags von San Francisco stellte die umstrittenen Inseln unter die Verwaltung der Vereinigten Staaten als Teil der Ryukyu-Inseln (auch bekannt als Nansei-Shoto-Inseln). Die Vereinigten Staaten verwalteten die Inseln von 1945 bis 1972 als Teil der Ryukyu-Inseln im Rahmen der „United States Civil Administration of the Ryukyu Islands“. Im Jahr 1972 wurde die Kontrolle über die Inseln gemäß dem „US-Japan Okinawa Reversion Treaty“ von 1971 an Japan zurückgegeben. Während China heute behauptet, dass die umstrittenen Inseln nie zu den Ryukyu-Inseln gehört hätten, hatte es seinerzeit keine Einwände dagegen erhoben, dass die Inseln von 1945 bis 1972 von den USA verwaltet wurden.

Keine Kompromisse in Tokio ...

Japans Premierminister Shinzo Abe (seit Dezember 2012 im Amt) ist aufgrund seines Nationalismus und seiner Neigung, Japans aggressive und imperialistische Politiken während des Zweiten Weltkriegs zu relativieren, vermutlich nicht der geeignetste Politiker, besonnen mit dem bilateralen Territorialstreit umzugehen. Japans Wirtschaftseliten haben Abe und gleichgesinnte Mitglieder seines Kabinetts in den letzten sechs Monaten wiederholt aufgefordert, ihre nationalistischen Ansichten für sich zu behalten und stattdessen an Japans Wirtschaftsinteressen in China zu denken.

Solche Mahnungen schienen notwendig, weil Abe nicht nur erklärte, dass die japanische Kontrolle und Souveränität über die umstrittenen Inseln „nicht verhandelbar“ seien, sondern er ebenfalls mit dem Gedanken spielte, Regierungs-

vertreter auf die Inseln zu entsenden. Während Japan darauf besteht, dass es keinen Territorialstreit mit China im Ostchinesischen Meer gibt, fordert Peking ein Umdenken. „Peking verlangt von Tokio einzulenken und anzuerkennen, dass es einen Territorialstreit mit China gibt“, sagt Tiejun Zhang, Associate Senior Researcher am Centre of Non-Traditional Security an der Zhejiang University in China.¹

Das allerdings ist genau das, was Japan nicht tun wird, wie ein japanischer Analyst betont²: „Die Regierung wird niemals die Existenz eines Territorialstreits mit China über die Senkaku-Inseln anerkennen und auch nicht über Hoheitsrechte über die Inseln verhandeln. Chinas territoriale Ansprüche sind in Anbetracht historischer Fakten fast gegenstandslos.“ Allerdings sei Tokio, wie er hinzufügt, „nichtsdestotrotz bereit, den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu dem Disput urteilen zu lassen. In Anbetracht der Tatsache, dass Japan die Inseln bereits kontrolliert und verwaltet, ist es nicht verpflichtet, den IGH um Vermittlung anzurufen. Normalerweise sollte diejenige Partei, die Kontrolle (über Territorien) wiedererlangen und den bestehenden Status quo ändern will, den IGH um Vermittlung bitten.“

... „Kerninteressen“ für Peking

Chinas neue politische Führung wird dies aber nicht tun, sondern hat stattdessen entschieden, die umstrittenen Inseln als Teil seiner sogenannten „Kerninteressen“ zu betrachten. Chinas „Kerninteressen“ beschreiben Angelegenheiten nationaler Souveränität und territorialer Integrität, bei denen Peking keine Kompromisse eingeht. Während dieser Begriff bisher normalerweise für Taiwan, Tibet und das Autonome Gebiet Xinjiang Anwendung gefunden hat, sind jetzt auch umstrittene Inseln im Ost- und Südchinesischen Meer Territorien, die China unter allen Umständen zu verteidigen bereit ist.

„Chinas ‘Kerninteressen’ sind wichtiger als alles andere“, bestätigt Zhang. „Chinas Führung sieht sich in der

¹ In einem Interview mit dem Autor am 19. Mai 2013.

² In einem Interview mit dem Autor am 15. Mai 2013. In Anbetracht der engen Verbindung seines Instituts mit einem Regierungsministerium, bat er darum, nicht mit Namen zitiert zu werden.



Lage, die japanische Regierung durch Verletzung japanischer Hoheitsgewässer unter Druck zu setzen“, sagt er und fügt hinzu, dass Staatschef Xi Jinping quasi gezwungen sei, in Territorialfragen eine harte politische Linie zu fahren. „Xi kann sich nicht erlauben, in Territorialfragen weniger entschlossen als sein Vorgänger Hu Jintao zu erscheinen – nicht zuletzt deswegen, weil seine innerparteiliche Machtbasis noch nicht konsolidiert ist.“

Andere Beobachter in China glauben nicht, dass Chinas zunehmend aggressive Politik bezüglich umstrittener Territorien im Ost- und Südchinesischen Meer ein Ergebnis des politischen Führungswechsels ist. „Ich halte es für Spekulation, dass Chinas neue politische Führung eine aggressive Territorialpolitik verfolgen muss, um ihre Legitimität und Machtbasis unter Beweis zu stellen. Anders als Außenstehende glauben, versucht die Regierung, den Nationalismus in China nicht anzuheizen, sondern zu kontrollieren“, argumentiert ein chinesischer Wissenschaftler³ in einem Interview mit dem Autor dieses Beitrags. Allerdings, fügt er hinzu, „wird es sich China nicht auf Dauer gefallen lassen, sich von seinen kleineren Nachbarn provozieren zu lassen. Eine militärische Lösung der Territorialkonflikte ist aber weiterhin nur der letzte Ausweg. Solange China keine Streitkräfte entsendet, bleibt ein militärischer Konflikt unwahrscheinlich.“

„Duale Kontrolle“ à la China

Während Tokio (zusammen mit einer Reihe anderer Staaten in Asien) die Verletzung der von Japan kontrollierten Hoheitsgewässer als Beleg dafür wertet, dass China zunehmend bereit ist, seine wachsende militärische Macht zu nutzen, um territoriale Ansprüche in der Region geltend zu machen, besteht Peking weiterhin darauf, dass China das Recht hat, in den von Japan kontrollierten Hoheitsgewässern zu patrouillieren, wie der chinesische Generalleutnant Qi Jianguo, stellvertretender General-

stabschef der chinesischen Streitkräfte, beim alljährlichen Shangri-La-Asiensicherheitsforum in Singapur im Juni bestätigt: „Wir bestehen darauf, dass chinesische Kriegsschiffe im Ost- und Südchinesischen Meer Chinas territoriale Souveränität verteidigen. Deswegen sind die Patrouillen chinesischer Kriegsschiffe dort nicht kontrovers, sondern völlig legitim.“ Diese Art von Patrouillen und Verletzungen japanischer Hoheitsgewässer sind – zumindest aus chinesischer Perspektive – effektiv. „China hat mit Erfolg den Kauf der drei Inseln seitens der japanischen Regierung genutzt, um mehr Kontrolle über die Diaoyu-Inseln zu gewinnen. Duale japanisch-chinesische Kontrolle über die Inseln ist mittlerweile Realität geworden“, argumentiert ein chinesischer Wissenschaftler⁴ in einem Interview mit dem Autor.

Aus einer nicht-chinesischen Perspektive allerdings ist ein solcher Ansatz politisch und rechtlich sehr fragwürdig. Verletzungen der Hoheitsgewässer eines anderen Staates, die dieser seit 1895 kontrolliert, um eine „duale Kontrolle“ zu etablieren, werden außerhalb Chinas nicht als legitim interpretiert, ganz zu schweigen in Japan. „Allerdings wird es zunehmend schwieriger, chinesische Schiffe davon abzuhalten, Japans Hoheitsgewässer zu verletzen“, konstatiert ein japanischer Analyst⁵ in einem Interview mit dem Autor. „Die Senkaku-Inseln zu verteidigen, wird immer schwieriger und wir sind sehr besorgt darüber, dass die japanische Marine und Küstenwache nicht in der Lage sein könnten, mit der Entwicklung der Lage um die Inseln Schritt zu halten.“

Profitable Wirtschaftsbeziehungen

Im Gegensatz zu den angespannten politischen und diplomatischen Beziehungen und trotz des Rückschlags Ende vergangenen Jahres bauen Japan und China ihre Handels- und Investmentbeziehungen stetig aus. Der japanisch-chinesische Handel hat sich über die letzten

³ Der Gesprächspartner bat, nicht mit Namen zitiert zu werden.

⁴ Der Gesprächspartner bat, nicht mit Namen zitiert zu werden.

⁵ Der Gesprächspartner bat, nicht mit Namen zitiert zu werden.



Deutschland und Asien

Brücken bauen – Fortschritt fördern

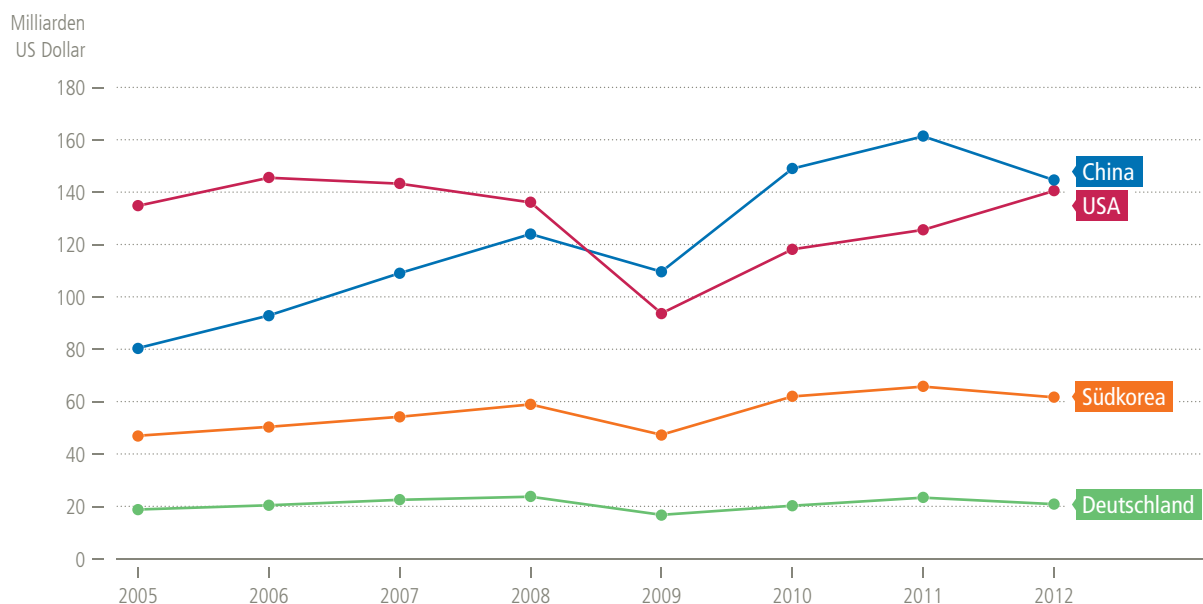
zehn Jahre mehr als verdreifacht. China ist heute Japans größter Handelspartner. 21 Prozent der japanischen Importe und Exporte kommen aus bzw. gehen nach China.

Japanische Investitionen in China belaufen sich auf mehr als das Doppelte dessen, was die USA und Südkorea zusammen in China investieren. Daten der Japan External Trade Organization (JETRO) zufolge sind Japans Exporte 2012 zum ersten Mal seit 2009 gesunken. Die Exporte sanken um zehn Prozent auf 144 Milliarden US-Dollar. Japans Importe aus China hingegen stiegen um drei Prozent auf 188,9 Milliarden US-Dollar. Während das bilaterale Handelsvolumen 2012 auf 333,6 Milliarden US-Dollar fiel (2011 waren es noch 345 Milliarden US-Dollar), schätzt JETRO, dass Exporte nach China dieses Jahr in einer einstelligen Prozentzahl steigen und Importe aus China um zehn Prozent wachsen werden. Das bilaterale Handelsvolumen im Umfang von 345 Milliarden US-Dollar im Jahr 2011 machte neun Prozent des chinesischen Außenhandels aus

und war höher als das Handelsvolumen, das China im gleichen Jahr mit Brasilien, Indien, Russland, Südafrika und Großbritannien zusammen erreichte.

Japanischen Angaben zufolge haben japanische Unternehmen 2011 in China zwölf Milliarden-US Dollar investiert (nicht-japanischen Quelle beziffern die Summe japanischer Investitionen auf sechs bis sieben Milliarden US-Dollar). Seit 1996 investierten japanische Firmen insgesamt 83 Milliarden US-Dollar in China. Angaben von Keidanren, Japans einflussreichstem Unternehmerverband, zufolge operieren und investieren rund 30.000 japanische Firmen in China und haben dabei zehn Millionen chinesische Arbeitsplätze geschaffen. Chinesische Investitionen in Japan hingegen sind eher bescheiden und beliefen sich 2012 auf 560 Millionen US-Dollar. Im Vergleich dazu haben US-Firmen 70 Milliarden US-Dollar und EU-Firmen rund 94 Milliarden US-Dollar im gleichen Jahr in Japan investiert.

Abbildung 2: Japans Hauptexportmärkte



Quelle: Japan External Trade Organization (JETRO)



Partner und Konkurrenten

Während japanische Marken und Produkte auf dem chinesischen Markt sehr präsent sind, haben Chinas Verbraucher letztes Jahr bewiesen, dass sie bereit sind, japanische Marken aus patriotischen Gründen zu boykottieren. Allerdings steht außer Frage, dass auch China bei einem Boykott japanischer Produkte in China wie dem vom September 2012 viel zu verlieren hätte. Der Großteil japanischer Produkte auf dem chinesischen Markt wird von chinesischen Arbeitskräften produziert.

Japanische und chinesische Firmen haben komplementäre Rollen im ostasiatischen Produktionsnetzwerk: Während China das asiatische Produktionsnetzwerk dominiert, wird ein Großteil der hochentwickelten Technologien aus Japan importiert. Die japanisch-chinesische Komplementarität hat jedoch auch ihre Grenzen, weil China seine Fähigkeit und Kapazitäten verbessert hat, in oberen Bereichen des Technologiespektrums zu produzieren. Steigende chinesische Löhne, die (zumindest bisher eher langsame) Aufwertung des chinesischen Renminbi und eine sinkende Zahl chinesischer Erwerbstätiger haben chinesische Firmen gezwungen, am technologieintensiveren Ende der Wertschöpfungskette konkurrenzfähig zu werden.

Außerdem versetzen massive Investitionen in die Infrastruktur und die technologischen Kapazitäten des Landes chinesische Unternehmen in die Lage, ihre Position in wissensintensiven Industrien auszubauen. Während China also immer mehr zu einem wirtschaftlichen Konkurrenten Japans wird, konkurrieren beide Länder bereits seit einiger Zeit um Zugang zu globalen Ressourcen – von Kohlenwasserstoffen bis zu Metallen. Hinzu kommt, dass Chinas faktische Monopolstellung beim Export von Seltenen Erden, die enorm wichtig für Japans industrielle Produktion sind, Japan wirtschaftlich unverwundbar macht, sollte China die Exporte von Seltenen Erden unterbrechen.

... Spannungen oder Entspannung?

Der japanisch-chinesische Streit um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln ist von außen betrachtet eine enorme Verschwendung von Zeit und Ressourcen. Er hat jedoch das Potenzial, profitable bilaterale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen negativ zu beeinflussen. Bislang scheint China sich selbst wirtschaftlich für stark und unverwundbar zu halten. Das Land ist bestrebt, seine oben genannten „Kerninteressen“ zu verteidigen und letztendlich trotzdem politisch und wirtschaftlich gesunden Menschenverstand bei der Implementierung seiner Politik im vor 118 Jahren begonnenen Territorialstreit mit Japan walten zu lassen.

Auch wenn China der Ansicht ist, bereits eine „duale Kontrolle“ in den umstrittenen Hoheitsgewässern geschaffen zu haben, ändern in Wahrheit Chinas Verletzungen japanischer Hoheitsgewässer nichts daran, dass Japan die umstrittenen Inseln und die Gewässer um die Inseln herum weiterhin kontrolliert. Das ist zumindest solange der Fall, bis chinesische Streitkräfte mit der Lösung des Konflikts beauftragt werden, um die „duale Kontrolle“ – oder, wie Japan befürchtet, eine „exklusive chinesische Kontrolle“ – über die Inseln durch militärische Gewalt herzustellen.

Bei dem Territorialstreit geht es ohne Zweifel nicht nur um Nationalismus und um den politischen Führungswechsel in Japan und China, argumentiert der amerikanische Japanwissenschaftler Michael Green⁶: „Rund 90 Prozent des japanischen und chinesischen Rohöls werden durch diese Gewässer transportiert und die Hoheit über diese Gewässer versetzt beide Länder in die Lage, die Topographie unter Wasser für U-Boot-Kriegsführung zu kartieren. Dadurch wird der Streit um die Senkaku ein dauerhaftes strukturelles Problem, das über Nationalismus und politische Führungswechsel in China und Japan hinausgeht“, sagt Green.

Aber nicht alles in den japanisch-chinesischen Beziehungen ist negativ. Beide Länder haben dieses Jahr vereinbart, trotz des Territorialstreits Verhandlungen über

⁶ In einem Interview mit der Financial Times am 1. Oktober 2012.



ein Freihandelsabkommen zu beginnen. Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Territorialstreit Einfluss auf die Geschwindigkeit haben wird, mit der Tokio und Peking in der Lage sein werden, ein bilaterales Freihandelsabkommen abzuschließen.

Bevor Nationalismus und historischer Revisionismus auf die politische Tagesordnung beider Länder zurückkehrten, hatten Tokio und Peking durchaus konstruktive Ideen, wie mit dem Territorialstreit umzugehen sei. 2008 etwa unterzeichneten Japan und China eine Absichtserklärung, die eine gemeinsame Ausbeutung von Rohstoffen im Ostchinesischen Meer vorsah. Diese Absichtserklärung sollte die Basis für das sein, was als

„funktionale Kooperation“ bezeichnet wurde. Um sich auf die Ausbeutung von Rohstoffen konzentrieren zu können, wurde dabei vereinbart, die Frage, zu wem die umstrittenen Inseln gehören, nicht zu diskutieren. Eine solche „funktionale Kooperation“ ist derzeit jedoch kaum noch vorstellbar.

In Anbetracht der Weigerung von Tokio und Peking, miteinander und nicht nur übereinander zu sprechen, sind beide Länder gut beraten, sich auf das zu konzentrieren, was sie am besten können: miteinander Handel treiben und ihren Küstenwachen und Marineeinheiten zu befehlen, sich auf das gegenseitige Beobachten im Ostchinesischen Meer zu beschränken.

Weiterführende Lektüre:

Choong, William (2013), „China's Rhetoric Falls Short of Realities“, Shangri-La Voices June 2, 2013, Institute for International Strategies (IISS) London; www.iiss.org/en/shangri-la%20voices/blogsections/2013-6cc5/china-rhetoric-2429.

Chubb, Andrew (2013), „Radar Incident Obscures Beijing's Conciliatory Turn toward Japan“, China Brief, Vol. 13, Issue 4 (February 15, 2013); www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=40462&tx_ttnews%5BbackPid%5D=622#.Ua80qLSBLUo.

Huang, Yukon (2012), „The Economics behind the China-Japan Dispute“, The Financial Times September 24, 2012.

Tanaka, Hitoshi (2013), „The Senkaku Islands and Japan-China relations“, East-Asia Forum, March 19, 2013; www.eastasiaforum.org/2013/03/19/the-senkaku-islands-and-japan-china-relations/.

International Crisis Group (ICG) (2013), „Dangerous Waters: China-Japan Relations on the Rocks“, Asia Report No. 245, April 8, 2013; www.crisisgroup.org/en/regions/asia/north-east-asia/china/245-dangerous-waters-china-japan-relations-on-the-rocks.aspx.

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“.

ISSN 2195-0485

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Helmut Hauschild
helmut.hauschild@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de